

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbüchler und in allen Buchhandlungen erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Mark 2,50 M. (halbjährlich 12,50 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Bäckerstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachnummer Dresden Nr. 18600, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-U. Bäckerstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Druckerei: Dresdener Druckerei / Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Monatszeitschrift oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeitschrift anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U. Bäckerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonntagen und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 14. Dezember 1928

Nummer 291

Börgiebel kündigt KPB-Verbot an!

Auf den Spuren Keudells!

Berlin, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Börgiebel teilte gestern mit:

„Durch eine Bekanntmachung vom 13. Dezember 1928 hat der Polizeipräsident auf Grund des Artikels 128 Absatz 2 der Reichsverfassung bis auf weiteres für den Ortspolizeibezirk Berlin alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.“

Begründet wird das Verbot ausdrücklich mit der letzten Demonstration des KPB am Sonntag dem 9. Dezember in Karlshorst und Oberschöneweide. Die Vertreter des KPB und der KPD, die Genossen Reichstagsabgeordneter Leow und Landtagsabgeordneter Artur Gollke hatten sich gestern nachmittags zu Börgiebel begeben, um gegen die geplante Verhängung des Belagerungsstatus über Berlin, gegen den beabsichtigten Raub des Versammlungs- und Demonstrationsrechtes und gegen die polizeilichen Anschläge auf den KPB scharfsten Protest einzulegen. Börgiebel erging sich bei dieser Unterredung in provokatorischen Drohungen gegen den KPB, dessen Verbot er offen ankündigte, indem er u. a. wörtlich sagte:

„Der Rote Frontkämpferbund wird in kürzester Frist aufliegen.“

Börgiebel hat den Prot. d. der Genossen Leow und Gollke dann sofort beantwortet mit dem Erlaß des unbefristeten allgemeinen Verbots von Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel. Die Deutsche Allgemeine Zeitung stellt dazu heute morgen fest: „Der Polizeipräsident von Berlin hat sich endlich zu einer durchgreifenden Maßnahme entschlossen. Das Auftreten des KPB ist eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung geworden.“ Die Deutsche Zeitung erklärt: „Wir begrüßen diesen Herrn Börgiebel zu dieser Erkenntnis.“

Die Deutsche Nationale Volkspartei hat gestern im Reichstag eine Interpellation zum „Schutz der Bürger gegen Terror und Demonstrationen“ einbringen lassen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, geeignete Maßnahmen anzunehmen, um auf die Länderregierungen im Sinne des Verbots aller Straßendemonstrationen einzuwirken. Die Deutsche Zeitung hat gestern nach dem Verbot des KPB gerufen: „Börgiebels Vorgehen ist die Antwort der SPD auf die Wünsche der Großbourgeoisie, die eine Fortführung der Keudellschen Angriffe auf den KPB verlangt. Als Keudell durch eine Verordnung an die Länderregierungen das Verbot des KPB forderte, hat ein Sturm der Empörung der Arbeitermassen auf diesen verbrecherischen reaktionären Anschlag geantwortet. Die SPD wagte es nicht, unmittelbar vor den Reichstagswahlen die Wünsche der Bourgeoisie offen zu unterstützen. Börgiebel erweist sich als der neue Tongleur, er vollstreckt den Willen der deutschen Bourgeoisie.“

Nicht der KPB, nicht die KPD allein sind bedroht, sondern mit ihr die gesamte deutsche Arbeiterklasse. In Berlin wie im Reich muß die revolutionäre Arbeiterschaft die Abwehrfront gegen das Verbot des KPB, gegen den Severing-Börgiebel-Kurs der SPD mobilisieren. Es gilt, in den Betrieben und Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen Stellung zu nehmen und geschlossen und unwiderstehlich den Abwehrkampf zu organisieren.

Trotzdem Massenkundgebung in Berlin

Berlin, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Trotz des Demonstrationsverbotes des Sozialdemokraten Börgiebel hatten sich tausende Arbeiter und Arbeiterinnen gestern am Köpenicker Platz eingefunden, um dem ermordeten KPB-Kameraden Schulz das letzte Geleit zu geben. Die Polizei versuchte bereits hier auf dem Hauptplatz zu provozieren, aber auch das Absperrn mehrerer Straßenzüge hinderte die Massen nicht, sich zu versammeln. Die Umgebung des Friedhofes glück einem Heerlager. In den Nachbarstraßen fanden viele Polizeiautos. Am Grabe lagte der Bruder des Ermordeten einen Schwur ab, seinen Bruder zu rächen. Am Friedhof stehen die Massen wieder auf dichte Polizeiketten. Aber die Arbeiter rücken so diszipliniert wieder ab, wie sie gekommen waren.

Manöver in Lugano

Um den Preis der Einschwenkung Deutschlands in die Antisowjetfront

Die deutsche Bourgeoisie ist eifrig bestrebt, ihre imperialistische Weltgeltung wiederzugewinnen. Anlässlich der Verhandlungen des Völkerbundesrates in Lugano führt deshalb die bürgerliche Presse verstärkte Manöver durch, um der deutschen Bourgeoisie zur Erreichung ihres Zieles den Weg zu ebnen, wofür sie doch, daß der Preis dafür ihre Einreihung in die englisch-französische Front mit der Spitze gegen die Sowjetunion und Amerika ist. Gerade deshalb aber will die Bourgeoisie diese Einreihung in die englisch-französische Front so teuer als möglich verkaufen. Die diesbezüglichen Auslassungen der völksparteilichen Kölnischen Zeitung über das Angebot Chamberlains an Stresemann in Lugano sind dafür ein untrüglicher Beweis. Nicht um den Preis der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes allein tut sie es, trotz allem Tamtam, den die Bourgeoisie und die Koalitionsregierung um die Räumungsfrage aufzieht, ist diese Frage für die Bourgeoisie absolut nicht so wichtig, da sie ihre Gewinnchancen nicht wesentlich erhöht, — sondern sie verlangt im allgemeinen die Lockerung des Versailler Friedensvertrages, die Beseitigung aller Hemmungen, vornehmlich die der imperialistischen Konkurrenz, die ihrer Entwicklung zur imperialistischen Weltmachtstellung hinderlich sind. Um nun England und Frankreich, resp. J. B. Chamberlain und Briand unter entsprechenden Druck zu setzen und sie zu entsprechenden Zugeständnissen zu bewegen, betont vornehmlich die den völksparteilichen Regierungsmitteln — die ja die Politik bestimmen — nachstehende Presse in auffälliger Weise die Wichtigkeit und Notwendigkeit näherer wirtschaftlicher Beziehungen zu den USA und der Sowjetunion, den erklärten Gegnern der englisch-französischen Allianz. Diese Stellungnahme bezweckt nicht nur einen Druck auf England und Frankreich bezüglich der Erfüllung deutscher Wünsche, sondern stellt die Gemeinsamkeit wirtschaftlicher und politischer Interessen zwischen Deutschland und Amerika und weiter mit Russland gegenüber England fest, um bei Unnachgiebigkeit des letzteren gegenüber den deutschen Forderungen einen verstärkten Druck auszuüben in der Form einer wirtschaftlichen und politischen Annäherung gegenüber Amerika und der Sowjetunion.

In dieser Richtung erscheint in der Berliner Börsenzeitung ein Artikel: „Berlin—Moskau—Washington“, der u. a. sagt:

„Die zwingenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart lassen eine deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, ja, ein wirtschaftliches Zusammengehen zwischen Deutschland, Russland und Amerika als erstrebenswert erscheinen... Aber

nicht allein vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus, sondern auch aus politischen Gründen wäre ein deutsch-amerikanischer Gegensatz im Russlandgeschäft wider alle politische Vernunft.“

In bewusster Absicht zeigt dann der Artikel die Gegensätze zwischen Amerika und England, vor allen Dingen in der Chinafrage, auf — andererseits, um Amerika der Sowjetunion näherzubringen, die Gegensätze zwischen Amerika und Japan. Indem der Artikel die revolutionären Ziele der Politik der Sowjetunion im fernsten Osten veranschaulicht, hebt er gleichzeitig die angeblich gemeinsamen Interessen Amerikas und der Sowjetunion in der Chinafrage gegen England, „dem man nicht die Hegemonie im Reiche der Mitte überlassen dürfe“, und gegenüber Japan in der Frage der ostchinesischen Eisenbahn und der Handelszölle hervor. Es heißt dann anschließend:

„Auch Deutschland, das mit größter Mühe seine Position auf dem unermesslichen chinesischen Binnenmarkt wieder aufzubauen bemüht ist, ist an der Beseitigung einer wirtschaftlichen und politischen Hegemonie einer Auslandsmacht in China (England) in härtester Weise interessiert (1).“

Um dann noch deutlicher fortzusetzen:

„Sind doch Amerika und Russland — es ist heute im Hinblick auf die Völkerbundratsung in Lugano vielleicht noch ruhiger, darauf hinzuweisen (2) — die einzigen unter unseren ehemaligen Feinden, mit denen unsere Beziehungen frei von den Fesseln des Versailler Friedensvertrages sind.“

Nachdem die Berliner Börsenzeitung noch davon schwafelt, „daß Amerika und Deutschland niemals (1) einem Antisowjetismus beitreten würden und der Wille der deutschen Politik und der deutschen Wirtschaft zum Ausbau der Beziehungen zu Sowjetland vorhanden sei“, schließt der Artikel:

„Diese weltwirtschaftlichen Zusammenhänge verlangen eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Amerika und Russland, die auf der Grundlage der Gemeinsamkeit politischer Interessen basiert.“

Man sieht, wie vortrefflich die kapitalistische Presse die diplomatische Geize spielen kann, wenn es sich darum handelt, die imperialistischen Ziele der deutschen Bourgeoisie zu verwirklichen. Wie schon betont: das starke Hervorheben der gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Interessen zwischen Deutschland, Amerika und Russland ist ausschlaggebend nur diktatorisch, die Einreihung der deutschen Bourgeoisie in die englisch-französische Front gegen Amerika und die Sowjetunion so teuer als möglich zu verkaufen.

Vor der Kündigung in der Textilindustrie

Dresden, 14. Dezember.

Der Vorstand und die große Lohnkommission der westsächsischen Textilindustrie haben beschlossen, eine Generalversammlung sämtlicher westsächsischer Textilindustriellen einzuberufen. Auf dieser Zusammenkunft der Textilindustriellen wird beschlossen werden, unverzüglich die Kündigung der gesamten Arbeiterchaft des westsächsischen Textilindustriellen vorzunehmen.

Der Schiedspruch für die Textilarbeiter im Tarifgebiet Ostachsen, der entgegen den Forderungen der Arbeiter eine Lohnreduzierung von nur 3 Pfennig vorsah, ist von den Textilarbeiterfunktionen einstimmig abgelehnt worden. Die Forderung der Textilarbeiter in Ostachsen sind bekanntlich noch niedriger als die in Westachsen. Das Tarifgebiet Ostachsen umfaßt rund 50 000 Textilarbeiter.

Die von den sächsischen Textilunternehmern einberufene Generalversammlung dürfte zweifellos die Kündigung der Arbeiter, die Gesamtarbeiterschaft der westsächsischen Textilindustrie auszulösen, in die Tat umsetzen. Zu welchem Zeitpunkt die Kündigung erfolgen wird, läßt sich natürlich heute noch nicht sagen. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist jedoch damit zu rechnen, daß die Unternehmer die Kündigung für Ende Dezember aussprechen, so daß mit Beginn des neuen Jahres der Kampf perfekt wird. Dieser Termin ist mit Rücksicht auf die Festlage wahrscheinlich, weil die Unternehmer einerseits noch Zeit benötigen, ihre dringenden Aufträge zu erledigen, und andererseits dem Reichsarbittelschlichter noch die Möglichkeit geben wollen, den Kampf im Sinne der Unternehmer entweder durch Verbindlichkeitsklärung des alten Schiedspruches, oder durch Einleitung eines neuen Schlichtungsverfahrens zu erledigen. Immerhin ist jedoch auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Kündigung unverzüglich in Kraft tritt.

Die Textilbarone, hinter denen die führenden Finanzmagnaten der Großbanken, die Trüfflinge von Chemie und

Schwerindustrie stehen, bliesen zum Sturm, um ihre Kienprobleme auf Kosten der Arbeiter noch weiter zu vertiefen. Die finanzkapitalistische Verflistung in der Textilindustrie hat die einzelnen Textilunternehmen vollkommen unter das Kommando der Herren von Stahl und Eisen gestellt, die nach dem Angriff an der Ruhr jetzt ihre Offensive auf dem Frontabschnitt der Textilindustrie fortführen.

Dieser Angriff auf die Textilarbeiter ist um so unerschämter, weil es sich hier, wie mit erdrückendem Tatsachematerial bereits nachgewiesen haben, um die schicksalhafteste Gruppe der industriellen Arbeiterschaft handelt, und andererseits die Textilindustrie derjenige Zweig der Fertigwarenindustrie ist, der am meisten verdient. Wie es mit der „Kollage der Industrie“, die von den Unternehmern zur Begründung ihrer halbschamigen Forderungen gegeben wird, in der Praxis aussieht, dafür haben wir schon eine beträchtliche Anzahl von Belegen angeführt. Heute wollen wir die Liste dieser äußerst rentablen Textilgewerkschaften um einige erweitern. Nach der Bilanzartikeln Deutscher Aktiengesellschaften erzielten 513 Aktiengesellschaften der Textilindustrie 1927/28 einen Rohgewinn von 18,4 Prozent des Aktienkapitals. Es ist dies der höchste Rohgewinn von allen Industriezweigen einschließlich der Banken. In Reingewinn hatten diese 513 Textilaktiengesellschaften 11,2 Prozent vom Aktienkapital erzielt und fanden damit an zweiter Stelle: Überflüssig wurden sie nur noch von den Banken mit 13,1 Prozent Reingewinn. Hervorragenden Anteil an diesem Durchschnittsergebnis hatten die sächsischen Textilaktiengesellschaften, wie folgende Auslese beweist: Bachmann u. Labemann, Chemnitz, zählten 18 Prozent Dividende, die Baumwollspinnerei A.-G. Gelsenau, 12 Prozent, A. und M. Meißner, A.-G., Erdmannsdorf, 15 Prozent, die Baumwollspinnerei Mittweida A.-G., 14 Prozent, die Leipziger Baumwollspinnerei A.-G., 16 Prozent, die Textilfabrik Spinnerei und Weberei A.-G., 10 Prozent, die Baumwollweberei Mittweida A.-G., 9 Prozent, die Leipziger Kammgarnspinnerei A.-G., 10 Prozent, die Leipziger Trikotagen A.-G., 12 Prozent, die Vereinigte Kammgarnspinnerei A.-G., 10 Prozent, Gustav Kunz A.-G., Treuen, 10 Prozent, die Kammgarnspinnerei Götz u. Co., A.-G., 10 Prozent, die Kammgarnspinnerei Götz u. Co., A.-G., 10 Prozent, die Zwilbacher Kammgarnspinnerei zählte 18 Prozent Dividende, Julius Köppl A.-G. in Jena zählte 10 Prozent, Gardinenfabrik Plauen 12 Prozent, A.-G. für Gardinenfabrikation, Delonik, 15 Prozent, Dresdener Garbinn-